

Endspurt in der Mandchuriefrage.

Vor der Beurteilung Japans und was dann?

Am Dienstag der nächsten Woche, den 21. Februar, wird eine außerordentliche Völkerbundversammlung zusammengetreten, die sich u. a. und hauptsächlich mit der Beurteilung des japanisch-chinesischen Konflikts in der Mandchuriefrage zu befassen haben wird. Der Völkerbund versammelt ein Bild für ihre Entscheidungen ein Bild, das zugrunde liegen, der von dem sogenannten „Neunzylinder-Marsch“ in diesen Tagen angenommen worden ist und vermutlich noch vor Ende die Basis der weiteren Deftlichkeit übergeben werden soll. Dieser Bericht sieht, wie man hört, weitgehend auf dem sogenannten Linton-Bericht, dem Bericht also jener Kommission, die im Auftrag des Völkerbunds jenseitig in der Mandchurie an Ort und Stelle die zur Klärung der Lage notwendigen Feststellungen erobert hat.

Das bedeutet, daß der Völkerbund eine Anerkennung des neuen, unter japanischem Protektorat geschaffenen mandchurischen Staates ablehnt. Es wird in diesem Bericht weiter gefordert, daß neue Verhandlungen zwischen China und Mandchurie nicht unter dem Druck einer militärischen Aktion Japans stattfinden; diese Forderung begreift eine weitere in sich: die Räumung des besetzten Gebietes durch die japanischen Truppen. Den Japanern will man dadurch entgegenkommen, daß ihre wohlverstandenen Interessen durch eine verwaltung- und staatsrechtliche Neuorganisation der Mandchurie gewahrt werden. Das Schwerpunkt der Entscheidungen sollte bei einem besonderen Schlichtungsausschuß liegen, dem außerdem in erster Linie engagierte Wächter auch die Vereinigten Staaten und Sowjet-Russland beides Mächte, die befamlich nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, angehören sollten. Wenn die Völkerbundversammlung sich auf den Inhalt dieses Berichts festsetzt, so hätte sie zunächst Zeit gewonnen. Das Verhalten Japans allerdings macht diese Überlegung wohl illusorisch.

Zähmliche Meldungen aus Ostasien lassen erkennen, daß die Japaner alle Vorbereitungen für die Fortführung der Offensive in der Mandchurie, genauer gesagt: zur Einnahme der Provinz Jehol fortsetzen. Abamericans sind drei Ultimata an die chinesische Regierung erlangt, in denen die totale Zuhörung aller chinesischen Truppen aus der umstrittenen nordchinesischen Provinz verlangt wird. Auch in finanzieller Beziehung trifft die japanische Regierung alle ihre notwendig erscheinenden Maßnahmen, um für die neuen Operationen, die vermutlich am 1. März einzutreten sollen, gerüstet zu sein.

Was bleibt nun dem Völkerbunde zu tun, wenn Japans Schlichtungsaktion, wie zu erwarten ist, mit einem Februar endet? Auch hier bleibt ihm weiter nichts übrig, als einen sogenannten „Bericht“ zu erarbeiten. Zu diesem Bericht wird aufgerufen, aus welchen Beweggründen heraus sich der zur Erösterung stehende Konflikt entwickelt hat, welche Vorschläge der Völkerbund ausarbeitete, um den Konflikt beizulegen: dagegen werden die Gründe auseinandergesetzt, warum die streitenden Parteien sich nicht zu der Annahme dieser Vorschläge entschieden hatten. Ein solcher Bericht kann von den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes mit einfacher Mehrheit oder aber auch mit allen Stimmen angenommen werden. Die streitenden Parteien sind von der Stimmabgabe ausgeschlossen.

Für den Fall nun, daß sämtliche Nichtmitglieder und die Mehrheit der Mitglieder der Völkerbundversammlung des Völkerbundes sich hinter den Bericht stellen — es handelt sich um ein Verfahren nach Artikel 15 der Völkerbundkonvention —, so wird laut dieser Satzung die Bundesmitglieder verpflichtet, „gegen keine Partei, welche sich den Vorschlagsvorschlägen fügt, zum Kriege zu schreiten“. Hierdurch wird also die Neutralität der Völkerbundmitglieder gegenüber der betreffenden Partei herbeigeführt, die sich zur Annahme des Berichts entschließt. Auf der anderen Seite muß der sogenannte „Sanktionsartikel“ der Völkerbundkonvention (Artikel 16) in Kraft treten, wenn eine der streitenden Mächte „entgegen dem Vorschlag des Berichts zum Kriege schreitet“. Nun sind die Japaner bisher immer noch so flug gewesen, in der Mandchurie nicht „zum Kriege zu schreiten“. Sie haben China den Krieg, trotzdem die Friedensfeindschaft seit Monaten andauern, nicht erklärt, und auch China hat von einer solchen Maßnahme gegenüber Japan bisher abgesehen. Der Völkerbund kann sich also immer wieder darauf berufen, daß in der Mandchurie Kriegszustand „eigentlich“ nicht besteht. Kein Zweifel, daß die Annahme des Berichts über die Mandchuriefrage durch den Völkerbund irgendwie eine Beurteilung des japanischen Vorwurfs gegen China bedeuten wird. Kein Zweifel, aber auch, daß dieser Urteilsspruch an den gegebenen Machtpositionen im Fernen Osten nichts wird ändern können.

Eine große Rede Sir John Simons.

* London. Der englische Außenminister Sir John Simon äußerte sich am Mittwoch abend in einer politischen Rede, die er auf einer Kundgebung für die Nationalregierung in Southampton hielt, über die Abrüstung, das Panzerabkommen, die englisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen und den Südlichen Osten.

Zur Abrüstungsfrage erklärte der Minister, wenn auch die Einzelheiten eines allgemeinen Rüstungsabkommen schwierig sein mögen, so seien doch die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten nicht technischer, sondern politischer Natur. Die englische Politik suche auch durch alle in ihrer Macht stehenden Mittel das Gefühl des Vertrauens und des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Nationen zu vermitteln, da sich hierauf jede international vereinbarte wirtschaftliche Abrüstungsmaßnahme stützen müsse.

Die Beziehungen zwischen dem Panzerabkommen und Gen. Sir Hugh Simon seien beständen darin, daß seit den Tagen der Friedensverträge die Reparationen die europäische Stabilität und selbst den europäischen Frieden bedroht hätten. Die Ratifizierung des Panzerabkommen steht noch aus. Man könne es sich aber einfach nicht leisten, irgend etwas zu tun, was die Ratifizierung unmöglich machen würde. Sollte die Reparationsfrage etwa wieder von neuem aufgeworfen werden, so würde das Vertrauen in der ganzen Welt untergraben. Die Weltmarktpreise

Bahlauftruf der Deutschnationalen Volkspartei.

* Berlin. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei erklärt folgenden Bahlauftruf:

Die Deutschnationalen Volkspartei geht, verbunden mit anderen gehinnungsverwandten Kräften der nationalen Bewegung auf ihrer alten Linie 5, unter dem Kennwort „Kampffront Schwarze Wehrrot“, in den Wahlkampf des 5. März. Das Bündnis, das der Feldmarschall von Hindenburg mit der gesamtdeutschen Front durch die Bildung der neuen Regierung schafft, hat den Weg für das neue Reich freigemacht. Unschärfe vom parlamentarischen Spiel spielt, unbehindert durch die hemmenden Kräfte des Zentrums und der Marxischen soll die Befreiung Deutschlands von außenpolitischen Belägen, soll der Wiederaufbau von Wirtschaft und Arbeit im Innern in Angriff genommen werden.

Die Bedeutung der Wahlen des 5. März liegt darin, daß jetzt dem Volk Gelegenheit gegeben werden soll, sich entschlossen hinter den neuen Kurs zu stellen.

Der neue Staat muß der sozialen Gesellschaftsentsprechend auf christlich-konservative und sozialer Grundlage aufgebaut sein. Das Recht des freien Mannes, die Grenzen der Heimat mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, der Schutz des Familienebens und der christlich-deutsch-

ischen Kultur, soziale Gerechtigkeit und das Recht auf Arbeit, der Schutz des Privateigentums und des wirtschaftlichen Unternehmungsbereichs, Freiheit der Rechtsplege, Unantastbarkeit der Grundlagen des Beamtenrechts — das müssen die Grundmauern des neuen deutschen Baues sein.

Schwarze Wehrrot sollen wieder die Farben des Deutschen Reiches sein. Millionen und Abermillionen deutscher Menschen leben in einem solchen Staat die Erfüllung ihres Willens. Wir wollen diesem Willen auch in dieser Wahl Ausdruck verleihen; wir wollen die Kräfte sammeln, um auf die Regeneration Deutschlands entscheidenden Einfluss zu nehmen. Die Deutschnationalen Volkspartei ruft für den Kampf an, den sie gemeinsam mit anderen nationalen Kräften ihrer Weltanschauung unter dem Kennwort „Kampffront Schwarze Wehrrot“ (Linie 5) führt.

Jeder Deutschationale wählt Linie 5, „Kampffront Schwarze Wehrrot“!

Wir Hindenburg für ein neues Deutschland zu kämpfen, das ist der Sinn des 5. März. Die Kampfparole heißt: Gott Deutschland!

ges. Dr. Hugenberg, ges. Dr. v. Winterfeldt, ges. Dr. Oberfohrer, ges. Frau Anna-Grete Lehmann.

der Vizepräsident des Deutschen Automobilklubs, fröhliche Begrüßungsworte.

Es begannen dann die jährlichen Vorträge, die heute Donnerstag fortgesetzt werden.

Die Kandidaten der Deutschen Volkspartei auf dem Reichswahlvorschlag.

Rechtsanwalt Dingeldey, Berlin
Handelskammerdirektor Dr. Hugo, Bremen
Franz Oberstdirektor Morath, Berlin-Zehlendorf
Wirtschaftsberater Schröder, Kreisfeld
Bankier Dr. von Staak, Berlin-Tegel
Bergmann Winnfeld, Battenfeld
Generaldirektor Dr. Albrecht, Potsdam
Konteradmiral a. D. Brünninghaus, Berlin
Korvettenkapitän a. D. Mechenhain, Bremen
Drehrohrmeister Neherbaum, Dortmund
Dauschan Margarete Hachke, Dortmund.

Kriegsopfervertreter bei Hitler

Der Reichskanzler empfing den Vorsitzenden des Reichsverbandes Deutscher Kriegsopfer, Dietrich Behmann, und den Referenten der Reichsleitung des NSDAP für Kriegsopferverfügung, Oberlindecker. Der Reichskanzler erklärte, daß er auch von den deutschen Kriegsopfern, denen gegenüber er sich stets als Kamerad fühle, Vertrauen erwarte und versicherte, daß bereits in kürzester Frist die dringend notwendigen Verbesserungen in der Versorgung der Kriege durchgeführt werden würden.

Reichskanzler Hitler empfängt am Freitag die Handwerks-Vertreter.

vdA, Berlin. Wie das Nachrichtenbüro des BdA meldet, empfängt Reichskanzler Adolf Hitler am Freitag vor mittag 11 Uhr die Vertreter des gewerblichen Mittelstandes. Es dürften bei dem Empfang für den gewerblichen Mittelstand erstmals die Generalsekretäre des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, Dr. Neusch und Hermann, sowie der Präsident des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammer-Tages Pfleiderer. Auch Ehrenobermeister Terlinden-Hannover wird sich in der Delegation befinden. Man nimmt an, daß in der Ansprache beim Reichskanzler auch die Frage der Schaffung eines Staatssekretariats für den gewerblichen Mittelstand erörtert werden wird. Eine Entscheidung darüber, welche Verbindlichkeit für dieses neue Amt erwartet werden wird, wird wohl erst nach den Wahlen erfolgen. Es werden allerdings bereits jetzt verschiedene Kandidaten genannt. Als ausführlichste gelten die Namen des Syndikus der Handwerkskammer Hannover Dr. Wienbeck, der deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten in, sowie des Generalsekretärs Hermann und auch des bisherigen Kommissars für das Handwerk und Kleingewerbe, Ministerialrats Hoppe. Zugleich wird noch der frühere sächsische Finanzminister Dr. h. c. Weber genannt, der vor einiger Zeit von der Wirtschaftsseite auf Deutschnationalen Volkspartei übergetreten ist. Falls die Nationalsozialistischen Parteien darauf hin, den Posten des Staatssekretärs für den Mittelstand mit einem ihrer Partei angehörenden Sachverständigen zu bekleiden, hätte Dr. v. Binten begründete Aussicht, der Reichssekretär des Nationalsozialistischen Kampfbundes für den Mittelstand ist.

Nachdem die Reichsregierung der Schaffung des Staatssekretariats für den Mittelstand nähergetreten ist, hat der Reichsbund der Deutschen Metallwaren-Industrie beim Reichswirtschaftsministerium beantragt, den Aufgabenkreis dieses neuen Staatssekretariats auch auf die deutsche Metallwaren-Industrie auszuweiten, die eine der wichtigsten Gruppen des Mittelstandes sei. Alle Mittelständischen Probleme, so betont der Reichsbund, berührten die Lebensbedingungen der Metallwaren-Industrie auf das innigste. Es wurde daher nach seiner Meinung ein grundlegender Fehler, bei den mittelständischen Fragen nur immer auf Handwerk, Kleingewerbe und Bauernstand zu denken. Die Reichsregierung sieht die Erhaltung und Stärkung des kulturtreibenden Mittelstandes zur Aufgabe gemacht habe durch auch die Metallwaren-Industrie bei Vorbereitung und Durchführung aller Maßnahmen nicht vergehen werden



Nicht dem Zufall überlassen

was Sie für Ihr Haushalteggel bekommen. Auch die paar Pfennige, die Sie, wie der nebenstehende Pfeil veranschaulicht, für Seife ausgeben, müssen Sie richtig anlegen. Nur eine gepackte Markenseife bietet Ihnen eine Garantie für stets gleichbleibende gute Beschaffenheit. Pfeilring-Lanolin-Seife ist rein, mild und sparsam und enthält neben edelsten Pflanzenöl hautaufbauendes cholesterolhaltiges Pfeilring-Lanolin. Ein Stück Pfeilring-Lanolin-Seife reicht einen Monat lang.

PFEILRING Lanolin-SEIFE

